

Dresdener Volkszeitung

Verlagsamt: Leipzig.
Abdruck Komp. Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto:
Gedr. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Frachtpost monatlich 2,00 M. Durch
den Postweg vierteljährlich 6,00 M., unter Kreuzband für Deutschland
und Österreich-Ungarn 6,00 M.
Telegraphische Adresse: Dresdener Volkszeitung.

Redaktion: Bettendorferplatz 10. Tel. 25 201.
Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Bettendorferplatz 10. Tel. 25 201.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachts.

Anzeigenpreis: Die Tagesblätter Nonpareilgröße 90 Pf., Familienanzeigen
70 Pf., die Spezialisten Nonpareilgröße 3 Pf. Bei mehrmaliger Aufgabe Rabatt.
Interate sind im Voraus zu bezahlen. Eine Verpachtung zur Aufnahme an
geschiedenen Tagen kann nicht angenommen werden. Für Beleglieferung 20 Pf.

Nr. 228

Dresden, Donnerstag den 2. Oktober 1919

30. Jahrg.

Die baltische Krise

Die Entente hat mit ihrer Mitteilung an die deutsche Regierung über die Zwangsmittel, die sie zur Erzwingung der Abgabe von Kuronen in Anwendung bringen will, den Weg beschritten, den sich der Völkerverbund zur Erzwingung der von ihm vorgeschriebenen Maßnahmen selber geeignet hat. Die wirtschaftlichen Zwangsmittel sind hier als der erste Grad des Druckes vorgesehen, dem der zweite in Form von militärischen Maßnahmen folgen kann. Deutschland ist ein Mitglied des Völkerverbundes, es muß aber ohne noch nicht angegeben werden, daß es sich hier nur um die Erzwingung einer von Deutschland übernommenen Verpflichtung handelt, und keineswegs der schlimmsten, die uns verlegt worden ist. Das deutsche Volk hätte von dem Verbleiben deutscher Meereskräfte auf fremdem Boden keinerlei Vorteile zu erwarten, und der Wunsch, die Truppen aus dem Baltikum zurückzuführen, ist in Deutschland schon hervorgerufen, als England noch auf ihrem Verbleiben dort bestand.

Was die Lage der Dinge so überaus unerquicklich macht, ist der Umstand, daß an der Verwirklichung der von der Entente geforderten Maßnahmen kein Zweifel besteht und daß der Entente keine Vorteile daraus gemacht werden können, daß sie auf die Erfüllung ihrer Forderung besteht. Es hilft nichts, daß man sich weigert, die Forderungen zu erfüllen, die man selber gefordert hat, nun unter feindlichem Druck vollziehen zu müssen. Und darum hätte es auch wenig Sinn, die Wirklichkeit der von der Entente verhängten Zwangsmittel näher zu untersuchen. Da wir eben erst eine gute Ernte eingebracht haben, kann die Einstellung der Lebensmittelzufuhr vom Ausland für uns nicht unmittelbar tödlich sein. Schlimmer bedeutet die Einstellung der Rohstofftransporte, aber da es uns am wichtigsten Rohstoff, der Kohle, mangelt, sind wir zu einer weitgehenden Sparpolitik und im Verbrauch anderer Rohstoffe gezwungen. Man könnte danach sagen, die Entente sei in ihrer Wirkung noch gar nicht so schlimm, wie sie es nach ihrem Wortlaut scheint, und man könnte trotz ihrer noch eine Weile ausharren. Aber gegen solche Erwägungen solcher Art steht die Tatsache, daß die Entente in diesem Fall zugleich im Recht und in der Macht ist: auch in der Macht, denn es hängt ja nur von ihr ab, ob sie nicht statt der jetzt verhängten nur äußerlich scharf scheinenden Maßnahmen wirkungsvollere setzen will.

Die Handlungsweise der deutschen Truppen, denen wir diese Lage verdanken, ist tatsächlich nichts anderes als Reue. Die Republik wird zeigen müssen, daß sie sich eben so den Befehlen ihrer Soldaten erwidern kann, wie das vor ihrem Zusammenbruch das Kaiserreich konnte und wie es jeder Staat können muß, der nach innen und außen geachtet leben will. Es soll unvergessen bleiben, daß es die deutsch-militärische Propaganda war, die die deutschen Soldaten im Baltikum in ihrem Ungehorsam gegen die Befehle der Reichsregierung bestärkte. Den Alldeutschen ist die eine große Katastrophe, in die sie das Reich gestürzt haben, offenbar noch nicht groß genug, und sie möchten ihr eine zweite kleinerer Katastrophe hinzufügen. Wenn sie jetzt über die Demütigung schreien, die dem deutschen Volk zugefügt wurde, so sind doch sie es gewesen, die uns diese neue Demütigung eingebracht haben.

Sie waren es ja auch, die dem Grafen von der Goltz Verfall spendeten, als er vor kurzem die allerdings schwer erträgliche Forderung des englischen Generals, er solle um eine Liste der ungehorsamen deutschen Soldaten einreichen, mit einem äußerst diplomatischen, von militärischen Herausforderungen strotzenden Brief beantwortete. Es ist ein Glück, daß Graf von der Goltz inwischen seines Vollens in ein Glas, daß Graf von der Goltz besser gewesen, diese Entlassung wäre schon früher erfolgt, vielleicht wäre uns dann die neueste Ententeentente erspart geblieben.

Wegen die widerspenstigen Mannschaften soll nun mit Zwangsentsetzung und Androhung des Verlustes der Verlorengehörigkeit vorgegangen werden, und bei Androhung der Entlassung ist es verboten, von Deutschland her die Grenzen nach dem Baltikum zu überschreiten. Eine gemischte Kommission soll in Kuronen den Versuch machen, die Leute zur Vernunft zu bringen. Das ist eine schwierige Aufgabe, aber sie muß gelöst werden, wenn das deutsche Volk vor weiterem schweren Schaden bewahrt bleiben soll, und man dürfte auch vor schärferen Maßnahmen nicht zurückweichen, wenn die bisher vorgesehene nicht fruchtet. Denn von dem äußeren Druck ganz abgesehen, handelt es sich für das Reich um die grundsätzliche Frage, ob es einzelnen Truppenteilen erlaubt sein darf, draußen oder im Ausland eine Abenteuerpolitik auf eigene Faust zu treiben. Es muß ein für allemal der Grundlag zur Geltung kommen, daß die Truppe für das Volk da ist, aber nicht das Volk für die Truppe, und darum muß es deutlich wie möglich gemacht werden, daß wir die Suppe, die uns die widerspenstigen Soldateska in Kuronen eingebracht hat, auszulöffeln nicht gewillt sind.

Abdankung der Sowjetregierung?

Das Wesselsburg Radio meldet aus Lvon, daß in Washington amtliche Nachrichten eingetroffen sind, nach denen die russische Sowjetregierung bereit wäre, Friedensverhandlungen unter folgenden Bedingungen einzuleiten:

Abdankung der Sowjetregierung, Einstellung der Hinrichtungen, Abschaffung des Terrors und Erteilung eines Freigeleits für zwölf Volkswirtschaftler, darunter Lenin, Trozki und Sinowjew, die sich nach Südamerika begeben wollen. Dieser Vorschlag der Sowjeten sollte den französischen und amerikanischen Diplomaten in einem neutralen Lande überreicht werden. Man glaube, daß Wilson eine neue Regierung nicht vor dem Zusammentritt einer Verfassunggebenden Nationalversammlung in Russland anerkennen werde.

Wir geben diese Nachricht, trotzdem sie angeblich aus amtlichen Quellen schöpft, nur mit größtem Vorbehalt wieder, sieht sie doch in krassem Widerspruch zu allem, was sonst von Lenin und Trozki aus Russland gemeldet wird.

Rußland und die baltischen Staaten

Reval, 2. Oktober. Die zweite Konferenz der baltischen Staaten in Dorpat legte, wie die Telegraphen-Union meldet, am Dienstag ihre Arbeiten in zwei Sitzungen fort. Im Vordergrund der Verhandlungen stand die Frage des Friedensschlusses mit dem Kaiserreich. Die baltischen Staaten, die wie auf der Konferenz zum Ausdruck gebracht wurde, keine imperialistische Politik verfolgen, streben zu dem Einverständnis mit dem Kaiserreich in Verhandlungen zu treten, umso mehr als die Volkswirtschaften aus ganz Europa und fast überall aus Ostland und Skandinavien vertrieben worden sein sollen. Die Lage wird, wie auf der Konferenz behauptet wurde, jedoch zum Teil erleichtert durch die Beschränkungen Litauens, das im Falle einer Annäherung an Moskau ein Angriff Polens zu erwarten sei. Doch rechnet man in Dorpat mit einer im Sinne der Konferenz glücklichen Lösung auch in dieser Frage. Dem gemeinsamen Zusammenwirken der baltischen Staaten wurde von Seiten der Konferenz große Bedeutung beigegeben und dieses einstimmig gutgeheißen.

Kämpfe in Nord und Süd

Genf, 2. Oktober. Rus Sellingsfors melden die Kämpfe: Die russische Nordwestarmee (Judenisch) hat mit einer großen Offensive in der Richtung auf Pilsen begonnen. Der Feind leistet hartnäckigen Widerstand entgegen. Trotzdem wurden bereits 11 Dörfer genommen. Die Offensive dauert an.

Genf, 2. Oktober. Aus Konstantinopel vorliegende Nachrichten belegen: Aus Laganon wird gemeldet, daß General Mamantow die Stadt Woronesch genommen hat. Seine Kavallerie unternahm einen Vorstoß, der die Befestigung des Bahnhofs von Niki ermöglichte. Mamantow rückte weiter

Generalfstreik in Berlin

Der Kampf in der Berliner Metallindustrie, der ursprünglich rein wirtschaftlicher Natur war, wird von gewisser Seite immer mehr mit politischen Zielen zu erfüllen versucht. Es sind wieder einmal Kräfte am Werke, die die Arbeiterkraft, nachdem sie trotz ihrem anfänglichen Jögern aus den Betrieben herausgebracht worden ist, vor ihren Parteifarren spannen und zur Förderung ihrer politischen Sonderbestrebungen mißbrauchen möchten. Die vom Oberbürgermeister Vermuth eingeleiteten und jetzt im Reichsarbeitsministerium weitergeführten Verhandlungen zur Beilegung des Streiks gehen diesen Kräften wider den Strich. Sie möchten eben den Streik nicht durch die Einigung über die rein wirtschaftlichen Forderungen, für die er von den Arbeitern begonnen wurde, gelöst werden, sondern durch die Verquickung der Bewegung mit ihren politischen Bestrebungen weitergerichtet werden. Auf eine breitere Grundlage gestellt und zum Generalfstreik über Berlin und, wenn möglich, sogar über das ganze Reich ausgedehnt werden. Darauf deuten die kommunistischen Gesamtversammlungen hin, die gestern Abend im Norden und Osten Berlins abgehalten werden sollten, aber aufeinander durch militärische Sperrung der Versammlungsorte verhindert worden sind. Hauptächlich ergibt sich dieses Bestreben aber aus der Einberufung von 30 Versammlungen, zu denen der unter unabhängiger Leitung stehende Deutsche Metallarbeiterverband in Berlin die ganze organisierte Industrie- und Arbeitererschaft Groß-Berlins für heute vormittag um 10 Uhr aufgerufen hat. Diesen Schritt können die unabhängig-partialischen Generalfstreiktreiber als bedeutsamen Erfolg ihrer Bemühungen, den wirtschaftlichen Streik zu einer politischen Massenaktion werden zu lassen, betrachten, denn zweifellos würde die Teilnahme an den Versammlungen in dem geplanten Umfang schon den Generalfstreik in Berlin bedeuten.

Unter Hinweis darauf, daß ein politischer Generalfstreik der sogleich von der kommunistischen Partei (Spartakusbund) der Vorbereitung ihrer gewalttätigen Umsturzbewegung ausgenutzt werden würde, mit der Gefahr neuer Bürgerkämpfe und der Störung der Lebensmittelversorgung der Städte dem deutschen Wirtschaftsleben und damit der gesamten Bevölkerung die tiefgehendsten Schädigungen bedrohte und unabsehbare Folgen nach sich zöge, wurde bereits gestern amtlich vor einem Mißbrauch der gewerkschaftlichen Freiheit dringend gewarnt, an das Verantwortlichkeitsgefühl der beteiligten Arbeiterkreise appelliert und betont, daß jeder gewalttätige Mißbrauch und jede öffentliche Aufrüstung im Inter-

nach dem Süden vor, um den Anschluß an die Front Deutschlands zu erzielen. Die Operationen hätten zur Folge, daß 80.000 rote Soldaten die Waffen niederlegten.

Der Eintritt der Demokraten

Berlin, 2. Oktober. Die Verhandlungen über die Umbildung des Kabinetts haben gestern sowohl in der Sache wie bezüglich der Resorte zu einer vollen Verständigung geführt. Die Demokraten übernehmen das Ministerium der Justiz, dessen Leiter gleichzeitig mit der Vertretung des Reichsfänglers betraut werden wird, das Ministerium des Innern sowie das neue Ministerium zur Durchführung der wirtschaftlichen Friedensbedingungen, insbesondere des Wiederaufbaues Nordostdeutschlands und Ostpreußens. Die dem Ministerium werden zugleich die wichtigsten Aufgaben der Entscheidung der Auslandsangelegenheiten, der Entscheidung der Kolonialangelegenheiten, der Abwicklung der Vorkriegsschulden und der Zwangsliquidationen sowie der Entscheidung für unsere Handelspolitik zugewiesen. Die endgültige Bezeichnung und Geschäftsabgrenzung für dieses Ministerium steht vorbehalten. Auf Grund dieser Verständigung wird der Reichsfängler im Auftrage des Reichspräsidenten die in der Verfassung vorgeschriebenen Verhandlungen führen, die, wie angenommen werden darf, noch im Laufe des heutigen Tages zum Abschluß gelangen werden. Minister Dabow wird dem Kabinetts als Minister ohne Portefeuille angehören. Der internationale Austausch tritt wie früher unter dem Vorsitz des Herrn v. Papen wieder in Tätigkeit.

Frankfurt a. M., 2. Oktober. Wie der Berliner Korrespondent der Frankfurter Zeitung aus Berlin berichtet, ist die Nachricht eines Abensblattes, daß als dritter Demokrat Dr. Vetterlein in das Kabinetts eintritt werde, unzutreffend. Dr. Vetterlein wird an der Spitze der Demokratischen Partei bleiben und seine ganze Kraft seinem parlamentarischen Mandat widmen. Für den dritten Minister ist von den Demokraten ein Reichsminister in Aussicht genommen; über die Person selbst ist eine Entscheidung noch nicht gefallen. Erzberger bleibt Reichsfinanzminister. Entgegen den Meldungen in den Blättern der Rechten ist niemals von demokratischer Seite die Forderung aufgestellt worden, daß der Herr Erzberger erhaben werden. Er wird lediglich die Stellvertretung des Reichsfänglers an den neuen Minister Schiffer abgeben. Der Reichsjustizminister Dr. Meiser, Rauffeuer, und der Reichspostminister Gieseler werden von der Umgestaltung des Kabinetts nicht berührt. Auch Dr. Sell wird das Reichswehrministerium, auf das er Wert legt, behalten, und nicht, wie es hieß, seinen Parteifreund Am Rehnhoff im preussischen Justizministerium ersetzen oder das Oberpräsidium in Koblenz übernehmen.

resse der friedlichen Mehrheit des Volkes mit allem Nachdruck verhindert werden muß, wird von allen einsichtsvollen Elementen in den Arbeiterkreisen vollumfänglich verstanden werden. Dieser Warnung sich die Regierung zur Abwehr der aus den Versammlungen erwachsenden schweren Gefahr inzwischen ein direktes Verbot folgen und sie hat alle Maßnahmen getroffen, um diesem Verbot Geltung zu verschaffen.

Der Streik selbst hat seit gestern wieder etwas an Umfang zugenommen. Wie der Deutsche Metallarbeiterverband mitteilt, ist die Zahl der Betriebe, deren Beschäftigten sich am Streik beteiligen wollen, von 154 auf 175 gestiegen, die Zahl der Streikenden ist von 81.300 auf 140.000 erhöht, die Zahl der Ausgesperrten von 72.300 auf 84.500, die Zahl der Ausgesperrten von 72.300 auf 77.000 gestiegen. — Die Straßenbahnner sollen ihre Sympathie zu den Streikabsichten der Metallarbeiter ausgesprochen haben, jedoch im Falle eines neuen Generalfstreiks auch mit einem Verkehrsstreik zu rechnen wäre.

Heber die Verhandlungen, die gestern nachmittag im Reichsarbeitsministerium begannen, wird berichtet, daß Minister Schlicht mit beiden Parteien gesondert verhandelte. Die Verhandlungen dürften sich auf mehrere Tage erstrecken und es ist zu erwarten, daß sie zu einer Einigung führen werden.

Verhandlungen im Berliner Zeitungsgewerbe

Berlin, 2. Oktober. Die von den Arbeitgebern im Berliner Zeitungsgewerbe angeregte Vermittlung des Reichsarbeitsministers hat zu einem Erfolg geführt, der vermutlich die Streikgefahr bannen wird. In der gestrigen Versammlung der Arbeitstellen wurde die Antwort der Arbeitgeber auf das ihnen gestellte Ultimatum verlesen. Der Arbeitgeberverband erklärt darin, daß er die Vermittlung des Reichsarbeitsministers anerkennen habe und daß der Minister zur Übernahm bereit sei. In der Versammlung machte darauf Regierungsrat Wähler im Namen des Reichsarbeitsministers den Vermittlungsvorschlag, die drei beauftragten Angestelltenverbände bei den Verhandlungen über den Abschluß des Tarifvertrags als Mundstumm zu gestalten, falls sie sich von vordereinst auf die Verhandlungsdebatte des Entwurfs des Streikvertrags festlegen. Durch eine Resolution wurde der Vermittlungsvorschlag des Arbeitsministers angenommen. Die Verhandlungen sollen heute, Donnerstag früh, beginnen und bis morgen Abend beendet sein.